

Technische Denkmäler des Bergbaus in der Bundesrepublik Deutschland –

Probleme der Erfassung und Erhaltung

Die Beschäftigung mit den Technischen Denkmälern des Bergbaus hat im Bereich der Bundesrepublik Deutschland bereits früh eingesetzt. Ausgehend von Anfängen im 19. Jahrhundert, wobei man Relikte des vergangenen Bergbaus als Indikatoren für eventuell wieder aufzuschließende Lagerstätten verstanden hat, entstand im Gefolge der Inventarisationsarbeiten von Conrad Matschoß oder des Sächsischen Heimatbundes seit den 1920er Jahren eine intensiver werdende Beschäftigung mit dem Bergbau als einem der exponierten Wirtschaftszweige und seinen Denkmälern. Es ist nur zu verständlich, daß traditionsreiche deutsche Bergbaureviere – z.B. der Harz und das Ruhrrevier – schon immer Interesse an der Erforschung der Geschichte des Bergbaus gezeigt haben, wobei dieses Interesse sowohl die Volkskunst als auch die Technischen Denkmäler des Bergbaus betraf. Ein treffendes Beispiel, die Denkmäler der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, sind z.B. die Aktivitäten Herbert Dennerts im Oberharz gewesen, der bereits in den 1950er Jahren Erklärungstafeln bei Bergbaudenkmälern aufgestellt hat. Festzuhalten ist, daß diesen ersten Aktivitäten keine wissenschaftliche Begründung zugrunde gelegen hat.

Erst mit dem konsequenten Ausbau des Deutschen Bergbau-Museums Bochum zum montanhistorischen Forschungsinstitut und der zunehmenden Beschäftigung der Denkmalämter mit technischen Sachzeugen als Dokumente der Gesamtkultur einerseits, dem Erwachen des Interesses für die von Großbritannien ausgegangene Industriearchäologie andererseits und dem Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik allgemein entstand ein „Wertgefühl“ für Industriedenkmäler und speziell für solche des Bergbaus. Die Rettung von zwei Malakofftürmen

in Bochum und – vor allem – die Übertragung des erst 1944 auf der Schachtanlage Germania in Dortmund errichteten Fördergerüsts zum Deutschen Bergbau-Museum sowie die später erfolgte Rettung der Schachtanlage Zollern 2/4 in Dortmund-Bövinghausen vor dem Abbruch durch interessierte Künstler und die Westfälische Berggewerkschaftskasse hatten zur Folge, daß – zusammen mit dem im Herbst 1975 vom Bergbau-Museum veranstalteten Zweiten Internationalen Kongreß zur Erhaltung Technischer Denkmäler – dieses Interesse entscheidend verstärkt worden ist. Dem Bundesland Nordrhein-Westfalen kam innerhalb dieser Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselstellung zu: war es doch das erste, das seine beiden Denkmalämter in Münster und Bonn mit Referenten ausgestattet hatte, die sich ausschließlich mit der Inventarisierung und der Erhaltung Technischer Denkmäler zu beschäftigen hatten.

Die Erfassung und Erhaltung Technischer Denkmäler des Bergbaus in der Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen weit vorangeschritten. Alle Bundesländer mit genutzten Lagerstätten haben die Problematik erkannt und wenigstens teilweise mit der Inventarisierung und Erhaltung von Denkmälerensembles oder -teilen begonnen, wobei das Schwergewicht der Arbeiten sicherlich in Nordrhein-Westfalen liegt, das naturgemäß die meisten Anlagen besitzt.

Die Denkmalämter besitzen eine mehr oder weniger genaue Kenntnis von den Bergbaudenkmälern ihres Verwaltungsbereichs; die Landschaftsverbände haben sowohl im Rheinland als auch in Westfalen-Lippe Programme zur Rettung von Bergbaudenkmälern aufgelegt. Unterstützung erfahren die staatlichen Stellen von verschiedener Seite,

so unter anderem von Museen, die sich die Inventarisierung Technischer Denkmäler zu eigen gemacht haben, z. B. vom Deutschen Bergbau-Museum in Bochum, das die Denkmäler des Bergbaus inventarisiert. Alles in allem wird man sagen dürfen, daß die Erfassung Technischer Denkmäler im Bereich der Bundesrepublik Deutschland relativ weit vorangeschritten ist, daß Untersuchungen von ganzen Denkmälergruppen ebenso bestehen wie Detailstudien einzelner Denkmäler. Es versteht sich von selbst, daß die Qualität der Untersuchungen durchaus unterschiedlich ist.

Die Frage der Erhaltung Technischer Denkmäler des Bergbaus ist eng mit der Erfassung verknüpft. Ihre Erhaltung ist eine Aufgabe zunächst der Staatlichen Denkmalpflege bzw. der Eigentümer des Denkmals. Grundsätzlich wird man sagen dürfen, daß es heute fast immer bei Denkmälern von geringem Umfang und kleinen Dimensionen gelingen kann, diese zu erhalten und der Nachwelt zu übereignen, sei es in ursprünglicher Funktion, sei es in neuer Nutzung.

Schwieriger gestalten sich die Probleme bei Denkmälern von großen Dimensionen, z. B. ganzen Schachtanlagen. Nur in Einzelfällen wird es gelingen, diese vollständig zu erhalten oder sogar zu rekonstruieren, wie dies im Falle der Schachanlage Zollern 2/4 gelungen ist, wo in Gestalt des Westfälischen Industriemuseums eine zukunftsweisende Trägerschaft gefunden werden konnte.

Fehlt diese geeignete Trägerschaft, so bestehen meist nicht zu überbrückende Schwierigkeiten vor allem finanzieller Art. So war es im Falle der Dortmunder Schachanlage Scharnhorst, die durchaus erhaltenswert gewesen wäre, bei der aber die riesigen Dimensionen, ein mangelndes Bewußtsein der Öffentlichkeit für dieses Objekt und eine fehlende Finanzierung eine Erhaltung verhindert haben. Dieses Denkmal mußte abgebrochen werden.

Privatpersonen sind nur äußerst selten in der Lage, derart hohe Kosten zu übernehmen. Sind sie dennoch bereit und auch willens, eine derartige Trägerschaft zu übernehmen, können Mißstimmigkeiten mit staatlichen oder kommunalen Stellen für die Erhaltung hemmend wirken: So war es bei der Manganerzgrube Dr. Geier bei Bingen der Fall, bei der bürokratische Unverantwortlichkeit letztlich dazu geführt hat, daß der Eigentümer wesentliche Teile der Gesamtanlage geopfert hat.

Sind Privatpersonen als Eigentümer Technischer Denkmäler meist relativ leicht von der Erhaltungsnotwendigkeit des Denkmals zu überzeugen, so wachsen diese Schwierigkeiten, wenn sich die Denkmäler in Händen großer, eher anonymer Gesellschaften befinden. Grundsätzlich ist zu sagen, daß auch Familiengesellschaften mit langer Tradition durchaus dazu geneigt sind, Denkmäler des Unternehmens u. a. aus Werbungsgründen zu schützen und langfristig zu erhalten. Dies gilt aber nur selten für große Unternehmen. Nichtsdestoweniger hat sich inzwischen auch bei Unternehmen wie der Ruhrkohle AG, der Saar-

bergwerke AG und der Preussag AG – um nur drei Gesellschaften repräsentativ für alle übrigen zu nennen – die Überzeugung durchgesetzt, daß Technische Denkmäler des Bergbaus, wenn sie ein gewisses Alter und eine Bedeutung im Sinne des Denkmalschutzes besitzen, zu erhalten sind. Die durchaus positiven Initiativen im Falle der Zeche Zollverein in Essen, der Grube Ensdorf im Saarrevier und des Erzbergwerks Rammelsberg im Harz belegen dieses veränderte Bewußtsein in aller Deutlichkeit. Es ist allerdings auch unzweideutig, daß dieses positive Verhältnis der Bergwerksunternehmen zu ihrem traditionellen Erbe nur soweit ausgebildet ist und sein kann, soweit die finanziellen Belastungen erträglich sind. Es ist auch einsehbar, daß in Zeiten starker finanzieller Belastungen und einer Schrumpfung des Bergbaus die Forderungen nach einer Erhaltung von Technischen Denkmälern nur mit äußerster Zurückhaltung von Seiten der Öffentlichkeit bzw. der staatlichen Dienststellen vorgetragen werden können, da ein auf Gewinnmaximierung ausgerichtetes Unternehmen reine Erhaltungsaufgaben nur in gewissem Umfang übernehmen kann. So liegt es an den Denkmalpflegeämtern bzw. der öffentlichen Hand, bei Bedarf entsprechende Lösungen anzubieten, was die Trägerschaft Technischer Denkmäler anbetrifft.

So besteht das Problem der Erhaltung Technischer Denkmäler fast immer in der Verständigung der betroffenen Institutionen einerseits und der Schaffung einer lang dauernden, zukunftsweisenden Trägerschaft andererseits. Dazu einige Beispiele, die symptomatisch sind für die Zusammenarbeit zwischen Bergbauunternehmen, Denkmalämtern und anderen Institutionen.

Aus diesen Erfahrungen lassen sich m. E. fünf Gesichtspunkte ableiten:

1. Im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen des staatlichen Bergbaus im Saarland hat sich die Saarbergwerke AG entschlossen, eine Erfassung der Bergbaudenkmäler durchzuführen, um – aufbauend auf den Ergebnissen – eine Erhaltungsstrategie zu erarbeiten, welche den Verlust einzigartiger Denkmäler ausschließt. Ausgehend von durchaus kontroversen Meinungen und auch mangelhaften Kontakten zur staatlichen Denkmalpflege entschloß sich das Bergbauunternehmen schließlich im Einvernehmen mit der Denkmalpflege, das Deutsche Bergbau-Museum Bochum quasi als Mittler mit der Erfassung zu betrauen. Nach etwa anderthalbjähriger Arbeit legte das Museum die Inventarisierung vor, die mit einer Bewertung der Denkmäler und ersten Vorschlägen zur Erhaltung verbunden war. Die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen drei beteiligten Institutionen als Auswirkung der Erfassung und als Basis für ein umfassendes Erhaltungskonzept haben sich bislang nicht in dem Maße erfüllt, wie es erhofft werden konnte. Nichtsdestoweniger muß betont werden, daß die Saarbergwerke AG die Ergebnisse der Erfassung von sich aus nutzen und diese in ihre Neuplanungen miteinbeziehen.

2. Die Schließung des über 1000 Jahre währenden Bergwerkes am Rammelsberg in Goslar bringt für die Denkmalpflege und das Bergwerksunternehmen der Preussag AG das Problem, was mit den einzigartigen, dem Welterbe zuzurechnenden Tagesanlagen und dem untertägigen Bereich im Alten Lager zu geschehen habe, sobald sich das Unternehmen aus dem aktiven Bergbaubetrieb zurückzieht. Da sich eine Nutzung des untertägigen Bereichs im Alten Lager aufgrund seiner einzigartigen frühneuzeitlichen Maschinenausstattung von selbst als Besucherbergwerk anbietet und auch schon von der Preussag in geringerem Umfang bereits durchgeführt worden war, konzentriert sich das Problem auf die Erhaltung der Tagesanlagen.

Ein auf Ersuchen des niedersächsischen Kultusministeriums vom Deutschen Museum in München erarbeitetes Konzept hatte insofern nicht den gewünschten Erfolg, als es das Erzbergwerk als Technisches Denkmal negierte. Die Stadt Goslar als zukünftige Betreiberin des Denkmals agierte zudem zurückhaltend, um nicht über Gebühr finanziell belastet zu werden. Hier sind inzwischen neue Überlegungen im Gange, um das Technische Denkmal seiner Bedeutung entsprechend zum Museum und Besucherbergwerk zu gestalten. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, daß sich das Bergwerksunternehmen entschlossen hat, einen Teil der Tagesanlagen weiterhin zu nutzen, so daß der Spielraum der Denkmalpflege und der Stadt Goslar im Hinblick auf die zukünftige Trägerschaft größer geworden ist.

Das Bergwerksunternehmen steht inzwischen – nach anfänglicher kontroverser Haltung zur Denkmalpflege und gegenüber allen Plänen einer Nutzung des Denkmals als Museum – den Planungen des Industriemuseums durchaus aufgeschlossen gegenüber. Aber auch im Falle des Erzbergwerks Rammelsberg gilt, daß das Unternehmen versucht, die finanziellen Belastungen im Falle der Gründung eines Industriemuseums für das Bergbauunternehmen so gering wie möglich zu halten.

3. Auch im Bereich der Ruhrkohle AG bestehen zahlreiche Technische Denkmäler mit teilweise erheblichen Abmessungen, die im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen abgeworfen werden müssen und durch ihren Dokumentationswert zum Problemfall werden. In Moers ist auf der kleinen Schachtanlage Rheinpreussen 4 eine Förderanlage erhalten, die aus einem Fördermaschinenhaus mit früher elektrischer Fördermaschine, dem wahrscheinlich ältesten Doppelbockfördergerüst im Ruhrgebiet sowie weiteren Betriebsgebäuden in sehr qualitätvoller historischer Architektursprache besteht.

Für die Ruhrkohle AG besteht das Problem darin, daß Fördergerüst und -maschinenhaus nicht mehr gebraucht werden. Die Stadt Moers hat Interesse bekundet, das Maschinenhaus als Nebenstelle des Museums der Stadt zu nut-

zen, während das ohne Zweifel aus technikgeschichtlicher Bedeutung erhaltenswerte Fördergerüst bislang aufgrund der hohen Restaurierungskosten in Höhe mehrerer Millionen wahrscheinlich ohne Chance auf Erhalt dem Abbruch übereignet werden muß. Den Vorschlag, das Ensemble als Außenstelle in das Rheinische Industriemuseum zu übernehmen, ist bislang an den hohen Folgekosten bzw. an den unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen im Zechenbereich gescheitert.

Die Ruhrkohle AG als Eigentümerin der Förderanlage würde sich bereit erklären, die Anlage der öffentlichen Hand zu übertragen. Über die Modalitäten müßte verhandelt werden, doch scheuen bislang alle Beteiligten die finanziellen Auswirkungen. Die Bergbehörde als für die Sicherheit der Anlage zuständige Institution hat sich bislang bemerkenswert zuvorkommend gezeigt und sogar Initiativen angeregt, die Denkmalwürdigkeit der Anlage durch das Deutsche Bergbau-Museum Bochum festzustellen. Sie hat bislang sogar darauf verzichtet, den ihr laut Berggesetz verordneten Auftrag durchzusetzen, nach Ablauf der bergmännischen Tätigkeiten den Zustand vor der Aufnahme des Bergbaus wiederherstellen zu lassen. Doch wird auch das zuständige Bergamt letztlich darauf dringen, daß eine Entscheidung gefällt wird: entweder die Erhaltung der Denkmäler mit der Schaffung einer gesicherten Trägerschaft oder der Abbruch aus gesetzlichen Gründen und solchen der Sicherheit.

4. Wenn großindustrielle Anlagen wie Zechen über historische Gebäude oder Maschinen verfügen und das Bergwerk aus maschinentechnischen, betrieblichen Gründen diese durch Neuanlagen ersetzen muß, will es nicht im Extremfall die Existenz des Bergwerks gefährden. So entsteht mitunter eine heftige Kontroverse zwischen dem Zecheneigner und der Denkmalpflege wie im Fall der Zeche Gneisenau, wo sich an der Existenz historisch bedeutsamer Fördermaschinen ein Streit über die Zumutbarkeit der Erhaltung von Betriebsmitteln entzündet hat, wenn diese im Sinne der Produktivität eines Bergwerks ersetzt werden müssen. Aus Sicht des Bergwerks ist es unzumutbar, wenn Dritte derartige Erhaltungsmaßnahmen fordern.

Wenn derartige Maßnahmen zur Regel werden und auch auf andere Wirtschaftszweige übertragbar sind, dann kann für gewisse Industrien eine schwere Zeit heraufziehen, die unter Umständen Innovationen hemmt und auch Arbeitsplätze gefährden kann, da in der Regel der auf einem Betriebsgelände vorhandene Platz für Neuanlagen entweder knapp oder aber festgelegt ist. Redet man aber der Industrie das Wort und stimmt jedem Abbruchantrag bedenkenlos zu, verliert man möglicherweise wichtige Denkmälersubstanz.

Regeln für dieses Dilemma gibt es nicht. Jeder Streitfall muß individuell entschieden werden, doch genügt es meines Erachtens nicht, wenn sich die Denkmalpflege auf den zuständigen Paragraphen in den jeweiligen Denkmal-

schutzgesetzen zurückzieht und die Schwierigkeiten der Erhaltung auf die Industrie überträgt. Die mehr als ein Jahrhundert herrschende Regel, daß Bergrecht jedes andere Recht bricht, kann allerdings auch nicht aufrechterhalten werden: Deshalb ist eine verständnisvolle Zusammenarbeit erforderlich, die beiden Seiten gerecht wird. Man wird mit Kompromissen leben müssen.

5. Daß die Bergbehörde in einzelnen Fällen äußerst effektiv mit der Industrie und den Denkmalschutzbehörden zusammenarbeitet, wenn es um die Erhaltung Technischer Denkmäler geht, läßt sich im Falle der Anschauungsbergwerke im Bundesland Rheinland-Pfalz nachweisen. Dort entschloß sich ein traditionsbewußter Bergdirektor in der Erkenntnis, daß in seinem Bergrevier der moderne Bergbau immer mehr zurückging, dazu, in stillliegenden Bergwerksanlagen Schaubergwerke einzurichten. Dabei kam es zu einer ganzen Reihe erstaunlicher Trägerschaftskonstellationen.

In Fischbach/Nahe installierte die Verbandsgemeinde zusammen mit der Kreisbehörde unter Anleitung der Bergbehörde ein Besucherbergwerk in einem frühneuzeitlichen Kupfererzbergwerk. In Hettenleidelheim erfolgte dies in einem Bergwerk der Tonindustrie, in Wolfstein in einem privaten Kalkbergwerk. Jetzt ist man dabei, mit Hilfe der Kommune und des Landkreises Bingen in einem Dachschieferbergwerk ein solches Museum einzurichten. Es steht außer Frage, daß die Einrichtung derartiger Besucherbergwerke ohne die Mithilfe oder zumindest die stillschweigende Duldung der Bergbehörde nicht durchgeführt werden kann.

Dies gilt auch für die Besucherbergwerke in Baden-Württemberg und für den exponierten Fall des nordbayerischen Besucherbergwerks Gleißingerfeld im Fichtelgebirge, bei dem der leitende Bergdirektor sogar der Bergwerksbetreuer ist. Es ist jedoch festzuhalten, daß derartige Aktivitäten nur dort auftreten können, wo sich die Aufwendungen zur Gründung der Schaubergwerke in relativ geringen finanziellen Größenordnungen bewegen. Doch ist auch beim Aufbau des Westfälischen Industriemuseums – und besonders bei der Wiedererrichtung der beiden Fördergerüste über den Schächten Zollern 2 und 4 – das sehr gute Zusammenarbeiten zwischen dem Museumsträger und der Bergbehörde zu betonen, die, wo immer dies möglich war, mit Rat und Tat geholfen hat.

Zusammenfassend wird man sagen dürfen, daß grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Erhaltung Technischer Denkmäler darin bestehen, daß

- die Objekte nach der Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Stilllegung nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind;
- der Bauzustand in der Regel schlecht ist und hohe Restaurierungskosten fordert;
- sich die Technischen Denkmäler in Privathand befinden;

- daß sie innerhalb eines Betriebsgeländes stehen, in dem besondere Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich der Zugangs- und Bewegungsfreiheit zu treffen sind.

Ohne die Mithilfe des Eigentümers des Denkmals sind meist alle Anstrengungen der Denkmalpflege zur Erhaltung des Denkmals ergebnislos. Eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit der betroffenen Institutionen ist deshalb als unabdingbare Voraussetzung für ein gelungenes Ergebnis, das oft Phantasie und auch eigenwillige Lösungen zeitigen muß, anzusehen.

Die Möglichkeiten für den Fortbestand eines Technischen Denkmals liegen in einer

- weiterhin wirtschaftlichen Nutzung;
- öffentlichen Nutzung;
- privaten Nutzung;
- musealen Nutzung;
- Erhaltung als reinem Schauobjekt.

Eine Reihe von Beispielen mag diesen Sachverhalt erläutern. Sie seien im folgenden aufgeführt.

1. Zu den Musterbeispielen eines Technischen Denkmals, dessen zukünftige Erhaltung durch eine weitere wirtschaftliche Nutzung gesichert ist, zählt die Salinenanlage in Bad Reichenhall, deren historische Anlage nach wie vor der Erzeugung von Siedesalz dient. Die architektonisch anspruchsvollen und repräsentativen Gebäude des Baurats Ohlmüller aus den Jahren 1849 bis 1851 werden ebenso wie die zeitgleichen wassergetriebenen Pumpen zur Solehebung benötigt und genutzt. Ein weiteres gutes Beispiel ist das Gebäude der Bergwerksdirektion in Saarbrücken, das – nach Überlegungen zum Abbruch – dann doch restauriert und der Saarbergwerke AG auch weiterhin als Dienstgebäude zur Verfügung steht. Die weiterhin wirtschaftliche Nutzung eines Denkmals ist sicherlich die beste anzustrebende Lösung zur langfristigen Erhaltung eines Technischen Denkmals, bleibt doch das „Milieu“ unverändert.

2. Daß auch Technische Denkmäler des Bergbaus sehr wohl mit einer neuen öffentlichen Nutzung verbunden werden können, belegt das Beispiel der Zeche Maximilian in Hamm-Werries. Die 1976 stillgelegte Zeche wurde 1984 zum Standort der ersten Nordrhein-Westfälischen Landesgartenschau bestimmt, womit ein brachliegendes Industriegelände in ein landschaftlich reizvolles Naherholungsgebiet umgestaltet worden ist. Bei der Planung des Landschaftsparks wurden ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt, vor allem die Erhaltung eines Teils der spezifischen Flora des ehemaligen Zechengeländes. Nach heftiger Diskussion wurden die ehemalige Waschkau zur Versammlungsstätte und zum Ausstellungszentrum, die Kohlenwäsche zum „Gläsernen Elefanten“ umgestaltet und in dessen Rücken ein Tropenhaus und Ausstellungsräume nach Plänen von Friedrich Hundertwasser (Begrünung) und Horst Rellecke (Elefant) eingerichtet. Die Elektrozentrale wurde als Blumenschau genutzt. Das Hammer Bei-

spiel zeigt, wieviel Phantasie bisweilen aufgeboten werden kann oder muß, um Denkmäler zu bewahren.

3. Daß auch große Denkmäler von Privatpersonen genutzt und erhalten werden können, belegt das Beispiel der ehemaligen Manganerz- und Dolomitgrube Dr. Geier bei Bingen. Die 1971 stillgelegte Grube wurde von einem Privatmann erworben, der in den Anlagen einen Automobilersatzteilhandel einrichtete, sich allmählich regelrecht in die Baulichkeiten „verliebte“ und sogar Restaurierungsmaßnahmen durchführte. Die Identifikation des Eigentümers mit „seinem“ Bergwerk ging so weit, daß er in Zusammenarbeit mit ehemaligen Bergleuten der Grube ein Besucherbergwerk einrichtete, das inzwischen allerdings wieder geschlossen worden ist, weil Streitigkeiten zwischen der Kommune und dem Eigentümer entstanden sind, worauf der Eigentümer die Besichtigung seines Betriebsgeländes durch Besucher verboten hat. Mit etwas mehr Einfühlungsvermögen von seiten der kommunalen und staatlichen Institutionen hätte ein befriedigender Ausweg gefunden werden können. Noch bewahrt und erhält der Besitzer das Bergwerk. Ob dies auch in Zukunft so bleiben wird, steht dahin.

4. Beispiele für eine neue museale Nutzung eines Technischen Denkmals des Bergbaus gibt es in größerer Zahl. Das 1972 neu gegründete Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern in Theuern hat beispielsweise die Förderanlage des ehemaligen Schwefelkiesbergwerks Bayerland übertragen und wieder aufgebaut, das im Juni 1979 gegründete Westfälische Industriemuseum nutzt die weitläufigen Tagesanlagen des stillgelegten Steinkohlenbergwerks Zollern 2/4 als Zentrum des dezentral konzipierten Museums. Es ist sogar in diesem Jahr gelungen, die noch in den 1960er Jahren abgebrochenen Fördergerüste durch gleiche Exemplare zu ersetzen und diese wieder aufzustellen, so daß der ursprüngliche Eindruck wiederhergestellt worden ist. Daß ein derart aufwendiges Vorhaben nur mit einer gesicherten Trägerschaft durchgeführt werden kann, versteht sich von selbst.

5. Es gibt Technische Denkmäler, für die sich keine sinnvolle neue Nutzung finden läßt. Auch in ein „Museum“ lassen sich solche Objekte und Dokumente nicht umwandeln: So bleibt nur eine Nutzung als Schauobjekt, als Denkmal in der Umgebung. Dies gilt z. B. für den Malakoffturm Brockhauser Tiefbau der Zeche Prinz Regent in Bochum-Sundern. Er befindet sich in einem Waldtal eines Naherholungsgebiets und wird inzwischen – obwohl Industriedenkmal – als Bereicherung der Landschaft ausgewiesen. Ähnlich verhält es sich mit manchen, außer Funktion gekommenen maschinellen Anlagen wie Pumpen und Wasserrädern in Salinen. Sie dienen ausschließlich als Erinnerungs- und Dokumentationsobjekte ohne weitere Funktion.

6. Daß bei fehlenden Nutzungskonzepten und nicht zu erbringender Trägerschaft ein Abbruch der Anlagen erfolgen kann und auch erfolgt ist, darf nicht verschwiegen werden.

Der Wunsch nach einer „schnellen“ Lösung wird heute mit zunehmender Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Probleme der Umwelt und des Denkmalschutzes immer seltener durchführbar, doch kommt er noch durchaus vor, vor allem dann, wenn Arbeitsplatzprobleme auf dem Spiel stehen. Kein Allheilmittel, doch ein weiterer Anreiz zur Erhaltung Technischer Denkmäler wäre hier eine Steuerbegünstigung, die Eigentümer Technischer Denkmäler bei deren Erhalt betrifft. Leider sind derartige Gedanken bislang nicht realisiert bzw. umgesetzt worden.

Für die Pflege Technischer Denkmäler gelten grundsätzlich die bei der Denkmalpflege seit langem erarbeiteten und durchgeführten Maßnahmen. Finanzielle Möglichkeiten schränken die Maßnahmen sehr oft ein, so daß bisweilen auf Minimalkonzepte zurückgegriffen werden muß, bisweilen aber große Lösungen anzutreffen und durchzusetzen sind. Während man manchmal nur den Bestand sichern kann, sind andererseits sachgerechte Ausbauten und Neunutzungen anzutreffen. Aber selbst bei zunächst nur notdürftigen Sicherungen sollte es denkmalpflegerische Zielsetzung sein, alles zu vermeiden, was für die spätere Restaurierung Erschwernisse bedeutet, wie etwa Teilabbrüche, An- und Umbauten.

Andererseits sind oft konkrete Sicherungs- und Restaurierungsmaßnahmen unumgänglich, wobei die Richtlinien der Denkmalpflege hinsichtlich der Konservierung (Erhaltung der überlieferten Substanz), Restaurierung (Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes), Ausgestaltung (Ergänzung durch historische oder moderne Zutaten), Versetzung (Standortveränderung), Kopie (als originalgetreuer Nachbau beim Verlust des Originals) sowie Kombinationen dieser Möglichkeiten gelten.

Es wäre sicherlich verfehlt, würde man die Situation der Pflege und Erhaltung Technischer Denkmäler des Bergbaus in der Bundesrepublik Deutschland als problem- und sorgenfrei beschreiben. Vielmehr bestimmt augenblicklich die Sorge um einige Großobjekte die Arbeit. Sie wird dadurch verstärkt, daß in der nächsten Zeit Stillegungen im Bereich der Steinkohle in größerem Umfang anstehen. Daß der Bergbau auf Metallerze in diesem Jahr vollkommen aufhören wird, soll noch erwähnt werden, der Eisenerzbergbau ist bereits zum Erliegen gekommen. Insofern ist abzusehen, daß die Beschäftigung mit den Technischen Denkmälern des Bergbaus für die Denkmalpflege – zumindest was die Großanlagen anbetrifft – überschaubar wird. Noch nicht recht überschaubar aber ist die große Zahl an Einzeldenkmälern vor allem im maschinellen Bereich. Hier ist noch viel Grundlagenarbeit durchzuführen, ehe man einen ausreichenden Überblick besitzt. Hier gilt es, schnell zu arbeiten, da die Schließung von Anlagen jetzt fast immer den raschen Abbruch nach sich zieht: Welche Denkmäler der 1950er, 1960er und 1970er Jahre einst als Dokument erhalten bleiben werden, ist noch weitgehend dem Zufall überlassen. Es bleibt also noch viel zu tun.

Die Geschichte des Ruhrgebiets — ein Prozeß in fünf Schritten

Am Anfang unseres Jahrhunderts hat der bekannte Architekt und Stadtplaner Karl Ernst Osthaus einmal vom Ruhrgebiet gesagt, historische Traditionen seien hier nicht vorhanden. Hier herrsche die kraß gegenwartsbezogene Frage nach dem aktuellen Nutzen; alles andere werde als Narrheit verstanden.

Diese Einschätzung aus der Hochindustrialisierungsphase wird sicherlich heute nicht nur der Historiker nicht mehr teilen; allzu deutlich ist die spezifische Historizität dieses Raumes als ein heute höchst brennendes Problem, das nach Lösungen schreit. Aus der Rückschau auf die rd. zweihundertjährige Geschichte des Ruhrgebiets als eines industriellen Zentrums könnte man fast sagen, daß diese Geschichte geradezu ein Musterbeispiel für die triviale historische Grunderkenntnis liefert, daß jeder sog. Fortschritt immer zwei Seiten hat, zwiespältig ist und immer auch eine Herausforderung für die Menschen darstellt.

Fortschritt bringt Gewinne und Verluste, Verbesserungen und neue Belastungen zugleich! Jedes menschliche Planen hat immer sehr handfeste Grenzen und endet — wenn man selbstkritisch ist — immer irgendwann und irgendwo bei der simplen Einsicht, die Goethe in seinem berühmten Schauspiel „Faust“ auf den Nenner gebracht hat: „Es irrt der Mensch, solange er strebt!“

Fortschrittsoptimismus und Zivilisationsskepsis sind die beiden Pole, zwischen denen deshalb immer wieder, besonders in unserem Raum/hier, die Beurteilungen hin und her gependelt sind: Das Ruhrgebiet galt als „Waffen Schmiede des Reiches“, als Beweis für die industrielle und technische Potenz Deutschlands. Seine rollenden Räder und brausenden Maschinen waren Ausdruck der Moderne. Hier befand sich die Schatzkammer des „Schwarzen Goldes“, der Kohle — gleichzeitig aber galt das Ruhrgebiet als

höchst ungesunde Ballung riesiger Menschenmassen, als alles nivellierender Schmelztiegel, als immer gigantischer werdende Agglomeration mit höchst krankhaften und auf Dauer selbstzerstörerischen Zügen! Und neuerdings spricht man vom Ruhrgebiet sogar als einem „nationalen Armenhaus“ mit düsterer Zukunft, auch wenn der Kommunalverband Ruhrgebiet nicht müde wird, den sog. Kohlenpott als „Starkes Stück Deutschland“ zu verkaufen.

Wie dem auch sei: Die hier ablaufenden Prozesse waren immer schon seit Beginn der Industrialisierung in mehrfacher Hinsicht eine besondere Herausforderung für die hier lebenden Menschen. Dies will ich aber im folgenden nicht mit Hilfe abstrakter Strukturanalysen erläutern, sondern an einigen exemplarischen Momentaufnahmen über die Jahrzehnte hinweg.

Man kann natürlich über das Ruhrgebiet hundert Vorträge halten und jedesmal den Hebel an anderer Stelle ansetzen. Ich gehe als Sozialhistoriker heran und möchte von vornherein betonen, daß es mir nicht auf irgendeine Vollständigkeit der Argumente ankommt, sondern daß meine Auswahl der Facetten durchaus subjektiv ist.

Vor einiger Zeit war in einer Zeitschrift ein Satellitenfoto von Westdeutschland zu sehen. Das Ruhrgebiet war dabei ganz unübersehbar: ein hellgraues längliches Gebilde, das sich wie ein Wasserfleck mit ausgefrachten Rändern vom Rhein nach Osten erstreckt; ein einheitlich erscheinender Raum also, der sich deutlich vom Umland abhebt.

Dies ist ja auch oft der Eindruck von fremden Besuchern, die zunächst einmal nur ein diffuses Durcheinander und Ineinander ohne klare Binnengliederung wahrnehmen. Eine solche Pauschalbeurteilung ist zweifellos eine Erblast, mit der sich vor allem der Ruhrsiedlungsverband und sein

Nachfolger – der Kommunalverband Ruhr – herumzuschlagen hatten und noch haben.

Der Kenner des „Kohlenpotts“ weiß es jedoch besser: In der Topographie wie in der Geschichte des Ruhrgebiets gibt es durchaus eine deutliche Ordnung, wobei die Zahl fünf eine wichtige Rolle spielt.

Aus diesem Grunde will ich meinen Vortrag ein wenig am klassischen Drama orientieren, welches ja bekanntlich fünf Akte hat: die Exposition, dann die Steigerung der Handlung, es folgen drittens der Höhepunkt der Verwicklung im dritten Akt, anschließend die Peripetie, d. h. der Umschwung des Geschehens mit vielerlei retardierenden Erscheinungen im vierten Akt, und schließlich im fünften Akt die Lösung, die glücklich sein kann oder – wie in der Tragödie – in einem Untergang der Helden, in der Katastrophe endet.

Was die Geschichte des Ruhrgebiets angeht, so befinden wir uns wohl irgendwo im fünften Akt – und da ich kein Prophet und auch kein Politiker bin, beschränke ich mich im wesentlichen auf eine knappe Darstellung der ersten vier Akte.

Das Drama begann vor fast genau 200 Jahren. Daß hier unter der Erde Kohle lag, war zwar schon lange vorher bekannt, aber einerseits kannte man nur die schlechte Kohle, die bis zur Oberfläche anstand, und andererseits herrschte meist unregelmäßiger Raubbau in Kleinzechen vor, die der Bauer nebenbei betrieb. Dieser planlose Raubbau begann sich erst zu ändern, als einer der Hauptakteure des ersten Aktes auf die Bühne trat, der Freiherr vom Stein, der von 1782 an vierzehn Jahre lang das Preußische Oberbergamt mit Sitz in Wetter leitete. Er holte in dieser Zeit die ersten „Gastarbeiter“ ins Land: erfahrene Bergleute aus dem Harz und dem Erzgebirge, die für eine fachgerechte Kohlengewinnung sorgen sollten. Nun ging es in den Stollen rechts und links des Ruhrtals aufwärts, zumal die Ruhr als Schifffahrtsweg von Duisburg bis Witten ausgebaut wurde. Sie war in den nächsten Jahrzehnten die belebteste deutsche Wasserstraße, bis ihr die Eisenbahn in den 1840er Jahren den Rang ablief.

In den Namen vieler Zechen aus jener Zeit spiegelt sich übrigens ihre Einbindung in den noch landwirtschaftlichen Lebensraum wider: Zeche Vollmond, Alte Haase, Prinzkafer, Dachsloch, Nachtigall am Brunsberg, Kornblüte – alles alte Flurnamen aus dem Volksmund.

Der Freiherr vom Stein blieb nicht der einzige Hauptakteur des ersten Aktes. Seit der Jahrhundertwende traten weitere hinzu, die neben dem Zechenausbau im Ruhrtal die ersten Eisenhütten und Maschinenfabriken zu betreiben begannen: Heinrich Huyssen und Friedrich Krupp, Franz Haniel und Friedrich Harkort, Franz Dinnendahl, Mathias Stinnes usw. Gewissermaßen von den Rändern des heutigen Ruhrgebietes her, von Sterkrade mit der Gutehoffnungshütte, von Wetter mit Harkorts Mechanischer Werkstätte und von Mülheim mit der Dinnendahlschen Maschinenfabrik,

zeigte der Entwicklungskompaß bereits auf die Hellweglinie mit ihren fünf alten Städten Duisburg, Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund.

Doch noch herrschten vor allem in den drei letztgenannten Orten höchst rückständige Verhältnisse vor, wie verschiedene Reisende damals übereinstimmend berichtet haben: So schimpfte der Reisende Christian Friedrich Meyer z. B. im Jahre 1797 auf Essen, wo Korruption an der Tagesordnung sei und wo „viel Schmutz, schlechte Bauart, unansehnliche Häuser, elende Wirtshäuser und Überteuering der Reisenden eine nicht unbekannte Sache“ seien.

Die größte Stadt am gesamten Hellweg, dieser alten Handelsstraße von Duisburg über Paderborn nach Mitteldeutschland, war noch um 1840 mit 8800 Einwohnern die Stadt Soest. Abgesehen vom Ruhrtal, wo in jener Zeit der Bergbau zunahm, bestimmten Ackerbürger, kleinstädtische Handwerker und eine ganz dünne, handelsreibende Oberschicht die Sozialstruktur des heutigen Ruhrgebiets. Die größte Firma im gesamten Essener Handelskammerbezirk war um 1840 z. B. eine Werdener Tuchfabrik, die 48 Taler Gewerbesteuer im Jahr zu zahlen hatte. Erst an 15. Stelle rangierte hinter Mühlen, Brauereien, Apotheken und einer Buchhandlung die Gußstahlfabrik von Alfred Krupp. Er hatte 1826 als erst Vierzehnjähriger den nahezu bankrotten Betrieb seines Vaters Friedrich übernommen – mit 10 000 Talern Schulden und nur zwei Tagelöhnern als Beschäftigten.

Zwischen 1830 und 1840 ging dann der Vorhang zum zweiten Akt des Dramas Ruhrgebiet hoch, es begann die Phase des sog. Take-off. Die erste Eisenbahn Westdeutschlands, die dritte in ganz Deutschland, fuhr seit 1838 zwischen Düsseldorf und Wuppertal, dem damals volkreichsten und am weitesten entwickelten Gewerbegebiet weit und breit, wo bereits nahezu 40 000 Menschen lebten. Die Glocke dieser Eisenbahn läutete zugleich das Industriezeitalter für das Ruhrgebiet ein, denn der Eisenbahnbau beschleunigte die Entwicklung in ganz besonderer Weise, vor allem in der Zeit der innenpolitischen Ruhe nach der gescheiterten Revolution von 1848/49. Er steigerte die Nachfrage nach Eisen und Stahl, für deren Produktion wiederum Kohle gebraucht wurde, und er steigerte die Nachfrage nach Kohle, dem Feuerungsmaterial für die Dampflokomotive.

Herrschte hier und da auch noch Furcht oder tiefsitzende Aversion gegen die Eisenbahn, so gab es doch genug Befürworter und vor allem auch Geldgeber, die die Aktien für eines der wichtigsten Eisenbahnprojekte der 1840er Jahre zeichneten: das Projekt der Köln-Mindener Bahn, die zwischen 1844 und 1847 im Norden der alten Hellwegstädte, im sog. Emscherbruch, in West-Ost-Richtung entlang geführt wurde. Fast gleichzeitig begann die regelmäßige Dampfschiffahrt auf dem Rhein.

Der Herausforderung durch diese Entwicklung folgte eine Antwort von ganz besonderer Bedeutung: die erste Abteu-

fung eines Schachtes durch die nördlich der Ruhr die Kohlenflöze überlagernde Mergeldecke. Franz Haniel hatte seit 1835 rd. 100 000 Taler in dieses Experiment investiert und im Jahre 1839 mit mehr als zweihundert Metern die bisher größte Schachttiefe erreicht.

Aber er hatte Pech: Zwar traf er auf reiche Kohlenflöze, aber gewaltige Wassereinbrüche zwangen zum Einsatz von Pumpmaschinen, die wiederum über vier Fünftel der geförderten Kohle verschlangen. 1842 gab Haniel seinen Versuch wieder auf.

Mehr Erfolg hatte sein Konkurrent Mathias Stinnes, der 1841 in der Nähe des heutigen Essener Hauptbahnhofs die erste moderne Tiefbauzeche anlegte und seit 1842 Kohle fördern konnte. Die erste westfälische Mergelzeche folgte kurze Zeit später in einem Vorort Bochums. Jetzt lief auch die Förderung von Fettkohle an, die sich zur Verkokung eignete, so daß in der Folgezeit die ersten koksbeschickten Hochöfen errichtet werden konnten. Die enge Verbindung von Kohle und Stahl war damit endgültig erreicht.

Die ersten Schritte in die Tiefe waren, wie das Beispiel Haniels gezeigt hat, sehr risikvoll – die zweite Zone des Ruhrgebiets, die Hellwegzone, gab ihre Schätze nicht so leicht preis wie das Ruhrtal, an dessen Hängen die Kohle bis ans Tageslicht trat. Viele Zechennamen vom Anfang dieses zweiten Aktes drücken die Unsicherheit und Ungeißheit aus, ob sich der Abbau auch lohnen werde: Zeche Neugottseggedich, Zeche Gottvertrauen, Zeche Aufgottgewagt und Ungewiß, Johannessegen, Guter Trost, Frischauf, Schwierigkeit, Versöhnung und Heiterkeit, Neue Mißgunst; ja sogar Zeche Angst und Bange sind Beispiele für solche Namen, die zugleich die Sorge und die Glücksbeschwörung der Unternehmer und ihrer Geldgeber ausdrückten.

Und wie stand es mit dem dritten Produktionsfaktor neben Kapital und Boden, dem Arbeitskräftepotential?

Mit dem Marsch des Bergbaus nach Norden reichten die einheimischen Bergleute nicht mehr aus, so daß für die überfüllten Bereiche des Münsterlandes, Ostwestfalens, ja selbst des Waldecks und des Nassauischen der Zechenausbau eine Ventilfunktion bekam. Eine zweite Gruppe von „Gastarbeitern“ kam damit in das Ruhrgebiet, die ihre aus agrarischer Umgebung stammenden Sitten und Gewohnheiten beizubehalten versuchten. Obwohl sie sich von den alten sog. Pöhlbürgern der kleinen Ackerbürgerstädte hinsichtlich Sprache und Aussehen nicht allzu sehr unterschieden, galten die Zuwanderer für viele Jahre als lediglich geduldetes, hergelaufenes Volk, von dem man allenfalls durch Lieferung von Nahrungsmitteln Gewinne ziehen konnte, das aber ansonsten die ehemals beschauliche Ruhe empfindlich zu stören begann.

Da diese Neuankömmlinge jedoch keinerlei Vorbildung für die schwierige Arbeit des Schachtabteufens und Kohlenabbaus in den neuen Tiefzechen besaßen, kamen gleich-

zeitig in einem beachtlichen Umfang mit dem teilweise aus Frankreich, England, Belgien, den Niederlanden und vor allem Irland stammenden Kapital ausländische Fachkräfte, in erster Linie englische Ingenieure und Grubenspezialisten, ins Land. Zechennamen wie Hibernia, Shamrock, Erin, Neuschottland und Holland erinnern an diese Quelle von Kapital und Know-how nach 1850. Der unaufhaltsame Aufschwung des Ruhrgebiets lockte nun immer mehr weit-schauende Unternehmerpersönlichkeiten, aber auch Glückssritter an.

Während im westlichen Ruhrgebiet Einheimische überwo-gen, bekamen in den westfälischen Städten viele Zuge-wanderte das Heft in die Hand: Albert Hoesch, Friedrich Wilhelm Müser und Jakob Meyer, der Gründer des Bochumer Vereins, mit seinem Generaldirektor Louis Baare, und ganz besonders der Ire Thomas Mulvany, der mit seinen Unternehmungen seit 1856 die Geschichte der Stadt Her-ne entscheidend prägte. Die ehemals zurückgebliebenen Städte der Hellwegzone wuchsen nun explosionsartig. Bis 1870 verzehnfachten sie gegenüber dem Jahrhundertbe-ginn ihre Einwohnerzahl. Die großen Zechenanlagen und Hüttenwerke – zunächst an den Stadtrand der kleinen Städte auf die grüne Wiese gepflanzt – wurden durch Arbeiterviertel und Vorstädte umrahmt und damit in den sprunghaft zersiedelten Raum einbezogen.

Früh haben manche der Unternehmer die Aufgabe des Wohnungsbaues für einen Teil ihrer Belegschaften in Angriff genommen. Dies geschah jedoch keineswegs nur aus reiner Fürsorgeverpflichtung oder aus älterem patriarchalischem Denken heraus, sondern aus wohlervogenem Eigeninteresse, denn Wohnungsnahme in einer Werksiedlung bedeutete Bindung an den Betrieb – ein wichtiges Element der Stabilisierung in einer Zeit, als die Fluktuation bei einem großen Arbeitsplatzangebot und die Schwierigkeiten der Eingewöhnung in das industrielle Arbeitsleben besonders groß waren. Neben den sog. Koloniehäusern mit Einliegerwohnung, Garten, Futterküche, Schweine- oder Ziegenstall und dem selbstgebauten Taubenschlag entstanden – teilweise als Spekulationsobjekte – auch öde Mietshäuser in gleichförmigen Straßenzügen, in denen sich die Menschen drängten. Selbst Keller- und Dachräume in oft baufälligen Häusern waren überbelegt. Um ihre Lebensverhältnisse geringfügig zu verbessern oder um durch Krankheit oder ähnliche Familienkrisen entstandene Versorgungsengpässe zu überwinden, nahmen viele Arbeiterfamilien Schlafgänger auf, die nur das Bett bezahlten, das sie manchmal noch im Schichtwechsel mit jemand anderem teilen mußten. Neben den vielfältigen negativen Folgen dieses Schlafgängerwesens, welches in etwa 30 % der Arbeiterfamilien anzutreffen war – etwa in hygienischer oder auch sittlicher Hinsicht –, ist auch darauf hinzuweisen, daß der fremde, meist recht junge zuziehende Arbeiter hier oft ein erstes Zuhause in der Industriewelt fand, zumal die Frauen in den Gastfamilien meistens gegen einen geringen Aufpreis oder ohne Bezahlung das Wäsche-

waschen, Stopfen u. ä. der Kleidung des Schlafgängers mit übernehmen.

Inzwischen waren die Zechen Mammutunternehmen geworden. Dies war eines der Charakteristika des dritten Aktes der Ruhrgebietsentwicklung, der Hochindustrialisierungsphase. Das vorher geprägte Wort des Bergwerksdirektors Emil Krabler: „Ein Betrieb darf nicht größer werden, als daß ihn noch zwei Augen zu überschauen vermögen“, galt nun nicht mehr.

Ein hierarchisches System von Werksleitern, Abteilungsdirektoren, mittleren Angestellten, Steigern, Werkmeistern und Vorarbeitern trat an die Stelle des früher engen persönlichen Verhältnisses zwischen dem Leiter des Unternehmens und seinen Arbeitern. Die massenweise zuströmenden traditionslosen Neubergleute, die Entlassung des Bergbaus aus dem staatlichen Einfluß in den 1860er Jahren infolge der allgemeinen Liberalisierung und die Auswirkungen der Gründerkrise nach 1873 führten zu einer erheblichen Statusverunsicherung des Bergarbeiterstandes, während gleichzeitig Macht und Einfluß der Konzernherren durch Fusionen, Unternehmerverbände und Kartellabsprachen ständig wuchsen.

Ihr Selbstbewußtsein beim Übergang in diesen dritten Akt des Ruhrgebietsdramas ab etwa 1870 drückte sich wieder in den Zechennamen aus: Der stolze Unternehmer verewigte sich selbst, indem er den Zechen seinen Vornamen oder den Vornamen seiner Frau gab: Zeche Viktor Mathias und Zeche Helene Amalie (beide von Stinnes gegründet), Heinrich, Gustav, Adele, Ernestine, Franziska, Katharina, Karoline, Wilhelmine usw. sind Beispiele dafür. Das ehemals Schicksalhafte des Bergmannsdaseins trat hinter dem Stolz über das persönlich Geschaffene zurück.

Der Sieg über Frankreich und das erwachende preußisch-deutsche Nationalgefühl ließen eine weitere Gruppe von Zechennamen entstehen. Es handelte sich um patriotische Namen; Männer der Geschichte wurden zu Namenpaten: Zeche Hardenberg, Kaiser Friedrich, Unser Fritz, Minister Stein, Graf Moltke, Gneisenau, Scharnhorst, Bismarck usw. Die hierbei sichtbare nationale Gesinnung ist wohl auch ein Ausdruck der zunehmenden Annäherung der sog. Industriebarone an den Staat und seinen Adel, was sich besonders zum Beispiel im Bau der Villa Hügel des Fabrikanten Krupp in Essen ausdrückte.

Später, als das nationale Pathos noch weiter zunahm, kamen mythologische oder symbolische Namen hinzu: Zeche Kaiserstuhl, Herkules, Zollern, Baldur, Tremonia, Germania, Borussia, Westphalen – manche dieser Namen leben heute noch in den Fußballvereinen des Ruhrgebietes weiter, auch wenn die Zechen selbst schon lange stillgelegt sind.

Inzwischen hatte der Bergbau bei seiner Nordwanderung im dritten Akt auch seine dritte Etappe erreicht: die Em-scherzone. In dieser relativ dünn besiedelten Gegend begann der eigentliche Ausbau direkt nach Überwindung der

Gründerkrise in den 1870er Jahren. Hier fehlte es erst recht an Arbeitskräften, zumal die Einheimischen angesichts des erwähnten Statusverlustes des ehemals so geachteten Bergmannsberufes kaum noch Interesse an der Arbeit unter Tage zeigten: „Wer doof ist, muß in den Pütt“, so hieß es in manchen Schulen. „Kumpel“, die kameradschaftliche Anrede der Bergleute untereinander, bekam einen verächtlichen Beiklang.

Einen Ausweg aus dem Dilemma bot die Anwerbung von Arbeitskräften aus den überfüllten preußischen Ostprovinzen, teilweise polnischer Herkunft. Auf den Weg geschickte Werber warben manchmal nahezu ganze Dörfer an und holten die Arbeitskräfte in die aus dem Boden gestampften Zechenkolonien des Ruhrgebietes. Gelsenkirchen wurde so ein Schwerpunkt der Masuren, in Bottrop stammte über die Hälfte der Zuwanderer aus den schlesischen Kreisen Rybnik und Ratibor.

Eine der größten deutschen Binnenwanderungen kam auf diese Weise in Gang: Etwa 800 000 Menschen zogen bis zum Ersten Weltkrieg aus den Ostgebieten ins Ruhrgebiet, darunter etwa zur Hälfte Menschen polnischen Volkstums. Sie blieben in ihrer neuen Umgebung zunächst isoliert und sammelten sich in landsmannschaftlichen Vereinen, pflegten ihre Sprache und ihr Brauchtum und holten ihre Bräute nach, um mit der Familiengründung ein Stück ihrer alten Heimat zu bewahren. Gerade auch die Religion bot ihnen in dieser schwierigen Phase Sicherheit.

Spannungen mit den Einheimischen blieben nicht aus: Diese blickten voll Argwohn auf die andersgläubigen, fremdartigen Zuwanderer, die in den häßlichen, den alten Ortskern zunehmend einkreisenden Kolonien lebten. Ressentiments besonders gegen die „Polacken“, die angeblich nachts den Bauern die Kartoffeln und Hühner stahlen, verschmolzen bei den „Pohlbürgern“ mit ihrem Ressentiment und Argwohn gegenüber der Industrie überhaupt, die in brutaler und rücksichtsloser Weise ihre Heimat zerstörte.

Nicht nur aus diesen Gründen, aber aus diesen Gründen mit, war der dritte Akt der Ruhrgebietsentwicklung eine Zeit der sozialen Spannungen. Die drei größten Streiks der Bergarbeiter – 1889, 1905 und 1912 – fallen in diese Phase, wobei der Streik von 1889 der größte Streik überhaupt war, den deutsche Arbeiter im 19. Jahrhundert geführt haben. Es kennzeichnete in diesem Streik die noch starke Traditionsverbundenheit der Ruhrbergleute, die sich gegen ihren Abstieg zu einer gesichtslosen Industriearbeitermasse wehrten, daß sie von sich aus zur Streikschi-lung einen ganz ungewöhnlichen Weg zu beschreiten versuchten: Sie schickten eine Dreierkommission zum Kaiser, dem ehemals höchsten Bergherrn, und stellten ihm ihre Klagen vor.

Aber die Audienz hatte wenig Erfolg. Der junge, profitsüchtige Kaiser Wilhelm II. gab sich patriarchalisch und grimmig zugleich und kanzelte die drei Delegierten ab, um sie einzuschüchtern. Er vermutete hinter dem Streik einen

Trend zur Sozialdemokratie. Sein Säbelrasseln hatte jedoch genau den gegenteiligen Erfolg: Als der Streik schließlich Ende Mai 1889 weitgehend ergebnislos abgebrochen wurde, blieb bei den Bergleuten die Einsicht, daß nur eine starke Organisation in Zukunft den Zechenherren erfolgreich entgegentreten könne. Am 16. August 1889 wurde der sog. Alte Verband gegründet, die Keimzelle der heutigen Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

Inzwischen hatte der Bergbau in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bei seiner Nordwanderung seine vierte Zone erreicht, die vestische Zone in der Linie Bottrop, Gladbeck, Herten, Buer, Recklinghausen. Auch hier wurden imposante Zechenanlagen errichtet, doch wurden die Natur, das Bauernland, die Wälder, nicht so radikal zerstört wie in der Emscherzone. Der schonungslose Raubbau der Hochindustrialisierungsphase wich allmählich den ersten Ansätzen einer Besinnung. 1910 wurde erstmalig offiziell die Idee eines „Nationalpark für das rheinisch-westfälische Industriegebiet“ erörtert, und 1912 entwarf der Essener Beigeordnete Schmidt eine „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes“. Sie leitete über zu den Anfängen des späteren Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der im Jahre 1920 gegründet wurde.

Auch in den Zechennamen jener Zeit drückte sich eine nüchterne, unpathetischere Betrachtungsweise aus: Der Name Consolidation signalisierte lediglich Zusammenlegung mehrerer Grubenfelder, auch wurden jetzt Nummern an schon bestehende Zechennamen angefügt: Prosper II und Prosper III oder Ewald Fortsetzung. Die Namen waren kein Programm mehr und enthielten kein Bekenntnis. Sie dienten lediglich der Unterscheidung.

Um den Ersten Weltkrieg herum begann auch der vierte Akt des Dramas: Er dauerte bis zum Beginn der Kohlenkrise in den 1960er Jahren. Es war eine Zeit der Ab- und Aufschwünge, der Sprünge vorwärts und zurück, eine Zeit voll retardierender Momente – es sei z. B. an die Reparationen, den Ruhrkampf und die Weltwirtschaftskrise in der Zeit der Weimarer Republik erinnert, aber auch an die Kriegszerstörungen im Zweiten Weltkrieg und die Demonstrationen der Nachkriegsjahre.

Diese Epoche war jedoch auch eine Zeit mit einigen zukunftsgerichteten Aspekten. Die technische Modernisierung unter Tage machte gewaltige Fortschritte, was sich in der Förderung an Tonnen Kohle pro Beschäftigtem pro Jahr deutlich zeigte: Hatte ein Bergmann im Jahre 1830 rd. 128 t Kohle im Jahr gefördert, so waren es 1910 bereits doppelt soviel, 1930 schon 324 t und schließlich 1966 knapp 500 t – zurückzuführen auf den mechanisierten Abbau.

Gleichzeitig gelang es durch neue Einsichten, Erfindungen und vorbeugende Maßnahmen, die Gefahren unter Tage, besonders die Schlagwettergefahr, zu verringern und die Gesundheitsfürsorge für die Bergleute zu verbessern.

Zu all diesem läßt sich viel berichten. Ich will hier nur noch auf ein Charakteristikum dieses vierten Aktes etwas genauer eingehen, weil es für das Leben der Menschen im Ruhrgebiet von besonderer Bedeutung war. Bei aller Hektik der Entwicklungen im vierten Akt begann ein stabilisierendes Element wirksam zu werden: das sich herausbildende Gefühl, Bewohner einer unverwechselbaren Landschaft und Angehöriger eines ganz besonderen Volksteils zu sein, des Ruhrvolks.

Nachdem nach dem Ersten Weltkrieg rd. 150 000 Polen wieder in ihre Heimat zurück oder nach Frankreich weitergezogen waren und keine neuen fremden Volksteile mehr nachrückten, konnte der Assimilierungs- und Integrationsprozeß die Bleibenden viel erfolgreicher einbinden. Zwar blieben viele landsmannschaftliche Unterschiede bestehen – das belegt schon die große Zahl entsprechender Vereine –, aber das Gefühl des durch Geschichte, Schicksal, soziale und ökonomische Verhältnisse Aufeinanderangewiesenseins wuchs. Aus der Mischung entstand etwas Neues, das auch die Sprache prägte: Es bildete sich das Ruhrdeutsch des sog. Kumpel Anton heraus. Ein Wir-Gefühl braucht Identifikationsmöglichkeiten.

Eine der bekanntesten Wirkungen – in ihrer psychischen Bedeutung kaum zu unterschätzen – bot seit der Zwischenkriegszeit der Fußballverein, allen voran der 1. FC Schalke 04. Was in der Arbeitszeit das „Auf-Zeche-Gehen“ war, das war in der allmählich zunehmenden Freizeit das „Auf-Schalke-Gehen“. Dieser Verein war der erste rein von jungen Arbeitern gegründete und aus Arbeitern bestehende Fußballklub, der sich im bürgerlich dominierten Sportbetrieb durchsetzen und nationale Anerkennung erringen konnte. Vor allem die Fußballvereine für die Jüngeren und die Brieftaubenvereine für die Älteren boten viele Möglichkeiten, landsmannschaftliche Unterschiede einzuebnen. Die integrative Kraft, aber gerade auch die entpolitisierende Bedeutung und die viele soziale Probleme verkleisternde Rolle der Fußballvereine wie der Taubenzüchtervereine liegen dabei auf der Hand.

Hinweise wie diese mögen als Belege für den Schmelztiegelcharakter des Ruhrgebiets gedeutet werden, doch dürfen die gleichzeitigen zentrifugalen Kräfte und sozialen Spannungen nicht unterschlagen werden: Im Ruhrgebiet, das eine praktisch fast ausschließlich von der Industrie geschaffene Gesellschaft beherbergte, waren die Klassengegensätze und sonstigen Zerklüftungen der Industriegesellschaft besonders ausgeprägt vorhanden. Es gab lange Zeit kein nennenswertes Besitz- und Bildungsbürgertum, und das handwerkliche wie ackerbürgerliche Kleinbürgertum der ehemaligen kleinen Landstädte der Hellweg- und Emscherzone, das als Puffer zwischen den Klassenfronten hätte dienen können, war angesichts des gewaltigen Zustroms an zuwandernden Arbeitern rasch in die Minderheit und mitunter in schroffen Gegensatz zu den Zuwanderern geraten.

Bis zum letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatten zwar noch kirchliche Einflüsse, besonders der Katholizismus, ausgleichend gewirkt. Die fortschreitende Säkularisierung und Zuspitzung der Klassenkonflikte führten dann aber schon vor dem Ersten Weltkrieg und erst recht danach zu einer wachsenden Radikalisierung: Große Teile der Wählerschaft entschieden sich schließlich für die kommunistische Partei. In einer Reihe von Stadtparlamenten war sie sogar die stärkste Fraktion. Dabei ist es auffällig, daß es vor allem die Städte der Emscherzone waren, die sich in der Zeit der Weimarer Republik radikalisierten.

Diese Zone läßt sich als einziges riesiges Arbeiterviertel beschreiben, in dem die ehemaligen dörflichen Kerne fast völlig erdrückt worden waren. Das außerhalb des Ruhrgebiets weitverbreitete Bild vom häßlichen „Kohlenpott“ beruhte vor allem auf dem Anblick dieser von Fördertürmen, Abraumhalden, zahllosen Verkehrswegen, Kanälen, Zechegebäuden und wahllos eingestreuten Wohngebieten geprägten Zone. Dagegen zogen die Angehörigen der schmalen alteingesessenen Oberschicht sowie die neuen Industrieunternehmer und ihre höheren Angestellten an den Südrand des Reviers, wo Villenviertel und gehobene Wohnvororte entstanden.

Nicht ein gesellschaftlicher Einheitsbrei, sondern starke Segregation prägte also letztlich auch das Ruhrgebiet. Dabei war und blieb bis in die Zeit des Dritten Reiches hinein die Enge des Horizonts das dominierende mentale Charakteristikum des überwiegenden Teils der Bevölkerung: Besonders die Menschen der Emscherzone litten „an der Enge, am grauen Himmel, am Lärm, an der engherzigen, weil engstirnigen Ordnung“.

Ausbruchsmöglichkeiten aus der Milieugebundenheit gab es für die Jugend seit den 1920er Jahren zwar in allmählich wachsendem, aber noch für längere Zeit eher beschränktem Umfang. Der besonders vom Ruhrsiedlungsverband vorangetriebene überörtliche Ausbau des Nahverkehrssystems, gleichzeitig die zunehmende Verbreitung des Fahrrads und die Entstehung von Jugendgruppen aller Art – von den Arbeiterjugendorganisationen und der Naturfreundebewegung über ein vielfältiges Spektrum an Sportvereinen bis hin zu jugendbewegt-bündischen und kirchlichen, aber auch völkischen Jugendgruppen – förderten den „Blick über den Zaun“ und weckten das Interesse der jüngeren Generation an weiterräumigem Ausgreifen und Engagement.

Die dadurch erzeugten Erwartungshaltungen, die durch die neuen Massenkommunikationsmedien wie Film und Rundfunk erheblich verstärkt wurden, ließen sich auch dann nicht mehr verändern, als Ende der 30er Jahre gerade im Ruhrgebiet einer wachsenden Zahl von Jugendlichen klar wurde, daß sie im Nationalsozialismus die Begrenztheit des geistigen Horizonts ihrer räumlichen wie sozialen Herkunft jetzt mit der massiven Gängelung, anmaßenden Disziplinierung und zunehmenden Unfreiheit eines

menschenverachtenden Regimes vertauscht hatten. Die insbesondere im Industriegebiet an Rhein und Ruhr entstehenden Bewegungen der „Edelweißpiraten“ und ähnlicher „wilder“ Protestgruppen belegt, daß die seit den 20er Jahren virulenter werdenden Ausbruchsbestrebungen der jüngeren Generation grundsätzlicher Art waren und nicht einfach in den Bahnen nationalsozialistischer Volksgemeinschaftsdisziplin kanalisiert wurden, ja, sich ausdrücklich gegen diese wenden konnten.

Alle diese horizonterweiternden Erfahrungen ließen sich auch nach den gewaltigen Umbrüchen in der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht mehr völlig rückgängig machen, auch wenn Politologen behaupten, die in besonders starker Weise im Ruhrgebiet nachwirkende Milieuverhaftung zeige sich immer noch, und zwar z. B. in der herausragenden Position der SPD – sie habe es nämlich nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden, sich in das ganz unideologische Milieu der „kleinen Leute“ des Reviers so einzunisten, daß diese sich in ihren Lebensweisen, Mentalitäten und Formen ihrer Selbstachtung hier am meisten ernstgenommen fühlen konnten.

Aber das sind bereits Hinweise auf den fünften Akt des Dramas Ruhrgebiet, auf den ich als Historiker nicht mehr näher eingehen möchte. Im fünften Akt geht es – das sei allerdings abschließend doch noch betont – um das äußerst komplizierte Problem, wie die historischen Altlasten aus den ersten vier Akten mit der Notwendigkeit eines tiefgreifenden Strukturwandels in Richtung auf eine tragfähige Zukunft in Einklang gebracht werden können. Um es mit Bildern aus der Mythologie zu sagen: Handelt es sich hier um einen sterbenden Moloch, um einen ehemaligen Herrscher, der nun auch seine Diener mit ins Grab nimmt, oder um einen Vogel Phönix, dessen Nest zwar ausgebrannt ist, der aber aus der hier fast zwei Jahrhunderte lang produzierten Asche und aus dem Ruß der Zechen und Hochöfen eines Tages wieder neu glänzend aufsteigt?

Eine vorausschauende Raum- und Revierpolitik ist hier also gefordert, die nicht im Hickhack zwischen den sich zum Teil eifersüchtig bewachenden und Konkurrenz machenden Einzelstädten versandet. Hierbei kann die Geschichte als Mahnerin und Beraterin auftreten: umgreifende Konzepte entwerfen und handeln müssen dagegen diejenigen, die an den Schaltebeln der politischen und ökonomischen Macht sitzen.

Anschrift des Verfassers:
Prof. Dr. Jürgen Reulecke
Universität – Gesamthochschule
Fachbereich 1
Hölderlinstraße 3
D-5900 Siegen